

# Danziger Zeitung.

No 10 111.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Beitzelle oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

**In Rücksicht auf die durch die Weihnachtsfeiertage herbeigeführte Unterbrechung im Erscheinen unserer Zeitung werden wir Sonntag den 24. Nachm. 5 Uhr eine Abendnummer herausgeben.**

## Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten auswärtigen Abonnenten bitten wir, die Bestellungen auf die Danziger Zeitung für das nächste Quartal rechtzeitig aufzugeben, damit keine Unterbrechung in der Versendung eintritt. Die Postanstalten befördern nur so viele Exemplare, als bei denselben vor Ablauf des Quartals bestellt sind.

Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an. Der Abonnementspreis beträgt für die mit der Post zu versendenden Exemplare pro I. Quartal 1877 5 Mk.; für Danzig inclusive Bringerlohn 5 Mk. 25 Pf. Abgeholt kann die Zeitung werden für 4 Mk. 50 Pf. pro Quartal:

Kettnerhagergasse No. 4 in der Expedition, Altstädterischen Graben No. 108 bei Hrn. Gustav Penning,

2. Damm No. 14 bei Hrn. S. Abel (Firma Joh. Wiens Nachfolger),

Fischmarkt No. 26 bei Hrn. C. Schwinkowski, Kohlenmarkt No. 22 bei Hrn. Saack.

Brobbank- und Kürschnergassen-Ecke bei Hrn. N. Martens,

Langgarten No. 8 bei Hrn. Bräutigam, Kengarten No. 22 bei Hrn. Löw,

Paradiesgasse No. 18 bei Hrn. Bäckermeister Trofener,

Poggenpohl No. 32 im „Tannenbaum“.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

London, 22. Dezbr. Die „Morningpost“ meldet, die Vorconferenz habe sich über das Project einer einzuführenden europäischen Commission verständigt, welche die Ausführung der Reformen in Bulgarien übernehme, und welcher eine Militärescorie, bestehend aus 6000 Belgiern, beigegeben werden soll. Salisbury sei dieser Verständigung lediglich zur Vermeidung eines Krieges, der sonst sofort entständen wäre, beigetreten. Die Entscheidung der Pforte über das Project wird am 25. d. M. erwartet.

## Reichstag.

36. Sitzung vom 21. Dezember.

Präsident v. Jordan bedankt sich dem Hause den Tod des Abg. Dr. Broch mit. Die Abgeordneten erheben sich zur Ehre des Verstorbenen von ihren Plätzen.

Die Debatte wurde gestern bei § 171 abgebrochen. Derselbe giebt jedem Antragsteller, dessen Antrag auf Erhebung der Anklage von der Staatsanwaltschaft zurückgewiesen ist, das Recht der Beschwerde an die der Staatsanwaltschaft vorgesetzte Behörde. Ein Antrag des Abg. Miquel u. Gen. beschränkt dieses Recht auf solche Antragsteller, die gleichzeitig selbst die Verletzten sind.

Abg. v. Schwarze verteidigt diesen Antrag, der gegen den bisherigen Zustand einen wesentlichen Fortschritt herbeiführe. Er bezieht sich dabei auf die Erklä-

rungen der Bundescommissarien in der zweiten Lesung wonach eine Interpretation des § 171 im liberalsten Sinne garantiert sei. — Abg. Eysoldt erkennt an, daß ein Fortschritt gegen den bisherigen Zustand erreicht werde, bedauert aber, daß man nicht in der Entscheidung der Willkür der Staatsanwaltschaft weiter gehe und den Beschluß der zweiten Lesung aufrecht erhalten wolle. — Der Antrag Miquel wird hierauf angenommen.

§ 207 des Abschlusses: Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens lautet nach den Beschlüssen zweiter Lesung: „Wenn von der Staatsanwaltschaft beantragt ist, den Angeklagten außer Verfolgung zu setzen, von dem Gerichte aber die Eröffnung des Hauptverfahrens beschlossen wird, so hat die Staatsanwaltschaft eine dem Beschluß entsprechende Anklageschrift einzureichen.“ Zugleich mit diesem Paragraphen wird § 215 discutirt: „Der Beschluß über die Eröffnung des Hauptverfahrens ist dem Angeklagten spätestens mit der Ladung zuzustellen. Dem Beschluß ist die Anklageschrift beizufügen, sofern dieselbe nicht schon nach Maßgabe des § 200 dem Angeklagten mitgeteilt worden ist.“ Abg. v. Schwarze beantragt dem § 207 folgenden Zusatz zu geben: „Die Bestimmungen des § 200 finden hier gleichfalls Anwendung; es ist jedoch die Aufforderung auf die Erklärung zu beschränken, ob der Angeklagte die Vornahme einzelner Beweiserhebungen vor der Hauptverhandlung beantragen wolle;“ — und in Folge dessen den letzten Satz des § 215 zu streichen. Abg. Klotz beantragt dem § 207 dahin zu fassen: „Wenn von der Staatsanwaltschaft beantragt ist, den Angeklagten außer Verfolgung zu setzen, dem Gerichte aber die Eröffnung des Hauptverfahrens geboten erscheint, so hat das Gericht die Einreichung einer Anklageschrift zu beschließen. Die Ausführung des Beschlusses liegt der Staatsanwaltschaft ob.“ — Nach kurzer Debatte, in welcher Justizminister Leonhardt sich mit der Annahme des Antrages Schwarze einverstanden erklärt, wird nach Ablehnung des Amendements Klotz der Schwarzes Antrag angenommen.

§ 301. „Der Vorsitzende befehlt, ohne in eine Würdigung der Beweise einzugehen, die Geschworenen über die rechtlichen Gesichtspunkte, welche sie bei Lösung der ihnen gestellten Aufgabe in Betracht zu ziehen haben. Die Belehrung des Vorsitzenden darf von keiner Seite einer Erörterung unterzogen werden. (Auf Antrag der Staatsanwaltschaft oder des Verteidigers sind bestimmte bezeichnete Sätze der Rechtsbelehrung vom Vorsitzenden schriftlich zu fassen, zu verlesen und dem Protokoll beizufügen).“ Zugleich discutirt wird § 380. „Eine durch das Protokoll festgestellte Rechtsbelehrung des Vorsitzenden, welche einen Rechtsirrtum enthält, begründet die Revision, wenn nach den Umständen des Falles anzunehmen ist, daß die Rechtsbelehrung auf den Spruch der Geschworenen Einfluß gehabt hat.“ Auf den Antrag Miquel u. Gen. werden die in Klammern gesetzten Worte des § 301 und der § 380 gestrichen.

§ 333 enthält die Bestimmung, daß, wenn gegen einen Angeklagten die öffentliche Klage erhoben ist und Verdachtsgründe vorliegen, welche die Erlassung eines Haftbefehls rechtfertigen würden, sein im deutschen Reich befindliches Vermögen durch Beschluß des Gerichts mit Beschlagnahme belegt werden kann. — Abg. Reichensperger (Olpe) beantragt, diesen Fall nur eintreten zu lassen, wenn die öffentliche Klage wegen eines Verbrechens erhoben ist. — Justizminister Leonhardt, sowie die Abgg. Struemann und Lasker erklären sich gegen den Antrag; es seien die Fälle bestimmt bezeichnet, in welchen eine solche Vermögensbeschlagnahme erfolgen könne, nämlich in allen den Fällen, wo sich die Erlassung eines Haftbefehls rechtfertigen würde. Nur durch eine gezwungene Interpretation könne man an den klaren Bestimmungen schwere Schädigungen für unschuldige und unbeeitigte Interessenten herauslesen. — Der Antrag Reichensperger wird abgelehnt.

§ 507 lautet nach den Beschlüssen der zweiten Lesung: „Die Kosten eines zurückgenommenen oder erfolglos eingelegten Rechtsmittels treffen denjenigen, der dasselbe eingelegt hat. War das Rechtsmittel von der Staatsanwaltschaft eingelegt, so sind die dem Beschuldigten erwachsenen notwendigen Auslagen der Staatskasse aufzulegen. Hatte das Rechtsmittel theilweisen Erfolg, so kann das Gericht die Kosten angemessen vertheilen. Dasselbe gilt von den Kosten, welche durch einen Antrag auf Wiederaufnahme des durch ein rechtskräftiges Urtheil geschlossenen Verfahrens verursacht worden sind. Die Kosten der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand fallen dem Antragsteller zur Last, soweit sie nicht durch einen unbegründeten Widerspruch des Angeklagten erwachsen sind.“ Die Compromißvorschläge beantragen den zweiten Satz so zu fassen: „War das Rechtsmittel u. s. w., so können die dem Beschuldigten erwachsenen notwendigen Auslagen der Staatskasse aufgelegt werden.“ — Abg. Eysoldt: Man hält uns Mitgliedern aus den Kleinstaaten so oft unsere Particularismen vor. Während nun aber alle Kleinstaaten für die Einheit Deutschlands die allergrößten Opfer gebracht haben, hören wir überall, wo es sich um Einführung eines Grundgesetzes, der an sich recht und billig ist und von der öffentlichen Meinung in Deutschland seit Jahrzehnten gefordert wird, von Seiten der preussischen leitenden Staatsmänner die Erklärung, mit Ausnahme dieses Particularismus, die uns gemacht werden, zu bedenten haben gegenüber dieser Stellung der preussischen Regierungsmänner, welche die deutsche Rechts einheit an ein Paar Silberlingen scheitern lassen will. (Beifall links.) — Der Compromißantrag und der so modificirte § 507 wird darauf angenommen. Desgleichen ohne Debatte sämtliche noch übrigen Paragraphen der Strafprozeßordnung. — Das Einführungsgesetz zur Strafprozeßordnung wird ohne Debatte genehmigt.

Es folgt die Beratung zweier von der Justiz-Commission vorgeschlagenen Resolutionen. Die erste derselben lautet: „Den Reichskanzler aufzufordern, mit thünlicher Beschleunigung dem Reichstage den Entwurf einer Militär-Strafprozeßordnung vorzulegen, in welcher das Militär-Strafverfahren mit den wesentlichen Formen des ordentlichen Strafprocesses umgeben (und die Zuständigkeit der Militärgerichte im Frieden auf Dienstvergehen der Militärpersonen beschränkt wird).“

Abg. Herz: Die Resolution ist bereits früher angenommen worden. Die Militärstrafrechtsplege steht noch nicht auf dem Standpunkte, den wir fordern müssen. Die Handhabung der militärischen Gerichtsbarkeit entzieht den Soldaten auch in Fällen, die nicht militärischer Natur sind, dem ordentlichen Gerichte und repräsentirt somit eine Ausnahmegerichtsbarkeit, die in keiner Weise zu rechtfertigen ist.

Bundescommiss. Blume: Die Regierungen haben immer die Aufgabe im Auge behalten, nach Abschluß der bürgerlichen Strafprozeßordnung eine Militär-Strafprozeßordnung für das Reich vorzulegen, weil augenblicklich im deutschen Reich drei verschiedene Militär-Strafprozeßordnungen bestehen. Zu den Mitteln zur Hebung der Autorität des militärischen Obergewichts und des Gefühls der Zugehörigkeit zur Armee im Soldaten rechnen wir den besonderen Gerichtsstand der Militärpersonen in seinem jetzigen Umfange als ordentliche Gerichtsstand in Strafsachen. Ueber die Schuld oder Nichtschuld des Soldaten urtheilen seine Commandanten. Das Gericht ist eine Heeresinstitution mit spezieller Rücksicht auf militärische Verhältnisse. Es kann im Interesse der Disciplin eine schnelle Justiz üben. Es kommt auch der Fall der Concurrenz militärischer und gemeiner Vergehen in Betracht, über den sich die Resolution nicht anspricht. Es scheint, daß in diesem

oder dramatische Einzelaugenblicke des blutigen Streites. Jetzt und zwar schon seit lange, sucht der Maler ruhigere, mehr historische Momente hervor, falls er sich mit dem letzten Kriege beschäftigen will. Selbst Bleibtreu hatte auf der letzten Berliner Ausstellung das Schlachtfeld, auf dem er so große Erfolge errungen, verlassen, um uns die Charakterköpfe von Moltke und Wimpffen von scharfem Lampenlicht beleuchtet, am Abend nach Sedan in erster Verabredung zu zeigen. Camphausen hat wohl niemals als Gesichtsmaler gelten wollen und können. Große entscheidende Momente zusammenzufassen und in bereicherter Sprache dem Beschauer vorzutragen, überläßt er Anderen, er interessiert lieber durch sorgfames Studium und seinen Vortrag der Einzelheiten. Besonders glänzt Camphausen als Pferdemaier und nach dieser Richtung hin wählt er seine Stoffe. Seine Verbindung für historische Kunst hat dennoch sein Gemälde: „Bismarck geleitet Napoleon nach der Schlacht von Sedan zum König Wilhelm nach Donchery“ angekauft und damit, wenn auch kein eigentlich historisches, so doch ein sehr gutes, elegant gemaltes Bild erworben. Die historische September-Nebel jener Tage braucht der Künstler, um alles Landschaftliche hinter graue Schleier zu verbergen. Auf diesem fahlen Hintergrunde hebt sich als Mittelpunkt der kaiserlichen Wagen hervor. Napoleon dumpf vor sich hinbrütend, halb gesenkten Hauptes, die spärlichen Haare im Morgenwinde flatternd, nimmt zunächst das Interesse in Anspruch. Wer den Kaiser jemals genauer gesehen, der wird die Meisterhaftigkeit bewundern, mit der der Künstler die Eigenthümlichkeit seines Blickes, das matte, schlaffe, schläfrige Gesicht und wiedergegeben hat. Wimpffen blickt voll Theilnahme und mit einem Zuge ungläubigen Erstaunens über die Wendung der Dinge auf den gestürzten Imperator. Es scheint, als habe Camphausen in diesem Kopfe die Geschichte des Generals während der letzten Tage ausgedrückt. Aus Afrika voll Siegeshoffnung in das kaiserliche Heerlager eilend, mußte er gerade die militärische Verantwortung für die entsetzliche Katastrophe übernehmen, die eine

französische Armee jemals ereilt hat. Ein Paar prächtige Gestalten, vielleicht die besten des ganzen Wagens, sind Kutscher und Diener. Ersterer, ein alter zuverlässiger Hofdomestik des Kaisers, Franzose in jedem Zuge, ignoriert mit stolzer, stummer Verachtung Situation und Umgebung. Der Mann ist davon überzeugt, daß Alles nur durch Verrath und Niedertracht solche Wendung hat nehmen können, daß Frankreich unbefleglich sei. Der junge Kerk hinten fühlt lebhafter, er wendet Bismarck verächtlich den Rücken und hält sich in frechem Latendünkel viel zu gut und vornehm für die ganze umgebende Gesellschaft, schon deshalb, weil er Franzose und diese nur verachtete Preussens sind. Gegen die gebrochene Haltung des Kaisers und seiner Begleitung contrastirt der stramme, ruhige, gleichgiltig dreinschauende Kopf Bismarck's wie gegen die französischen Lafaien die schlichten treuerzigen preussischen Kürassiere. In Bismarck's Miene regt sich gar nichts, in diesem Moment thut er nur seine Schuldigkeit als begleitender Offizier. Das hat man bemängeln wollen, aber durch diesen Zug zeigt Camphausen, daß er die historische Bedeutung des Augenblicks erfaßt und sie wiederzugeben verstanden hat. Prachtvoll sind die Kürassiere. Die beiden vor dem Wagen sprengenden bilden entscheidene Gegenstücke zu den französischen Lafaien. Der ältere, bärtige ist ganz der stramme preussische Soldat, der mit Bewußtsein seine Pflicht thut, ohne sich um das Was und Wie zu kümmern. Der junge Bursche dient noch nicht lange genug, er schaut mit den hellen norddeutschen Bauernburschenaugen neugierig zurück, um etwas von den wichtigen Persönlichkeiten, von denen er so viel gehört, die er sehnüchlich einmal zu sehen gewünscht, um daheim recht viel erzählen zu können, erspähen zu können. Alle Pferde sind meisterhaft gemalt, nur überastet es, daß die Huppen des Hofwagens schwer in den Seilen liegen und nur im Schritt anziehen, während die gesammte Escorte die Equipage in scharfem Trabe begleitet. Die Staffage ganz im Vordergrund, der in seiner Todtenstarre die Fauste ballende Turco, der sterbende Franzose,

Falle die bürgerlichen Gerichte zuständig sein sollen. Dann würde ein Soldat, der verfolgt wird wegen nächtlichen Straßenlärms und gleichzeitig wegen thätlichen Angriffs seines Vorgefetzten von den bürgerlichen Gerichten abgeurtheilt werden und ein revolutionärer Soldat braucht nur ein paar Fingerscheiben einzuschlagen, um sich der Aburtheilung durch das Militärgericht zu entziehen. Ich glaube, das kann man unmöglich im Interesse der Disciplin concibiren. Auch die Frage bleibt unbeantwortet, was eigentlich unter Dienstvergehen verstanden werden soll. Es scheint so, als beabsichtige man darunter zu verstehen, diejenigen Verbrechen und Vergehen, die durch das Militärstrafgesetzbuch mit Strafe bedroht sind. Inwiefern die Annahme, als wenn in unserer Strafgesetzgebung eine Trennung derart durchgeföhrt wäre, daß Verbrechen und Vergehen, bei deren Beurtheilung militärische Gesichtspunkte in Betracht kämen, durch das Militärstrafgesetzbuch unter Strafe gestellt werden, während bei denjenigen Delicten, die das allgemeine Strafgesetz mit Strafe bedroht, militärische Gesichtspunkte nicht in Betracht zu ziehen wären, diese Annahme ist ganz unzutreffend. Ich erlaube mir nur daran zu erinnern, daß das Militärstrafgesetzbuch beispielsweise mit besonderer Strafe bedroht den Diebstahl, den ein Soldat an den Sachen eines Kameraden oder seines Quartierwirthes begangen hat, jedenfalls in Berücksichtigung der besonderen militärischen Gesichtspunkte, die bei Beurtheilung eines solchen Falles in Betracht zu ziehen sind. Auch wenn sich ein Soldat ein Verbrechen gegen die Person seines Kameraden oder seines Quartierwirthes zu Schulden kommen läßt, ist wieder das allgemeine deutsche Strafgesetz zuständig. Es steht auch zu befürchten, daß eine Einseitigkeit in der Judicatur und ein Stillstand der Militärjustizbeamten im Falle der Beschränkung der Militärjustiz auf die Dienstvergehen sich einschleichen würde.

Abg. Guesst: Bedenklich erscheint es, daß der Reichstag in dieser Stunde eine solche Resolution annehmen solle. Vor Jahren ist allerdings diese Resolution angenommen worden, aber inzwischen ist das Militärstrafgesetzbuch erlassen worden. Die Resolution entspricht dem englischen Muster; aus der Befolgung dieser englischen Militärgerichte entpringt eine große Einseitigkeit und Härte der Judicatur. Eine solche Organisation darf nicht getroffen werden für eine Armee, welcher jeder wehrfähige Deutsche angehört.

Minister v. Kameke: Es ist schon von dem Abg. Herz gesagt worden, daß eine ähnliche Resolution, wie die vorliegende, im Jahre 1870 im norddeutschen Reichstage zur Annahme gelangt ist. Im Hinblick hierauf könnte es mir gar nicht unerwünscht sein, wenn der Reichstag, bevor die verbündeten Regierungen daran gehen, Ihnen eine neue Militärstrafprozeßordnung vorzulegen, die Competenz der Militärgerichte einer Erweiterung unterzöge und seine Ansicht darüber sage. Es könnte mir um so erwünschter sein, daß dies geschehe, weil bei der Resolution, die 1870 gefast worden ist, die militärischen Gesichtspunkte und Bedenken, die gegen eine Einschränkung der Zuständigkeit der Militärgerichte sprechen, gar nicht zum Ausdruck gelangt sind. Mein Hr. Commissar hat deshalb Veranlassung genommen, Ihnen die militärische Seite der Sache einigermaßen vorzuführen, um zu zeigen, wie tief in die bestehende Disciplin unseres Heeres eine derartige Beschränkung eingreifen würde. Diese Gründe sind für verbündeten Regierungen so schwerwiegend, daß sie nicht in der Lage sein würden, einer Strafprozeßordnung, die eben diese Beschränkung enthielte, von vornherein ihre Zustimmung zu geben. Ich bin deswegen auch veranlaßt, Sie zu bitten, wenigstens den zweiten Satz der Resolution fallen zu lassen. Sie würden dadurch den verbündeten Regierungen es erleichtern, Ihnen eine Militärstrafprozeßordnung so möglich schon in der nächsten Legislaturperiode vorzulegen. Die Arbeit ist so schwierig, daß, wenn eine Vereinigung über dieselbe nicht voraus-

Wickelhaube und Zündnadel sind vielleicht etwas absichtslos umhergestreut, aber ganz vortrefflich gemalt. Als ein historisches ist dieses Bild trotz seiner Vorzüge und der malerischen Bravour, mit der es ausgeführt, deshalb kaum zu schätzen, weil es die Größe des Momentes und die entscheidende Wichtigkeit des Ereignisses nicht überzeugend zur Erscheinung bringt.

Lindenschmit's „Luther vor Cajetan“ wird weit eher als ein historisches Gemälde gelten können. Der bleiche, abgezehnte, junge Mönch tritt beherzt dem purpurgelbbedeten päpstlichen Legaten entgegen, um seine revolutionären Glaubenssätze zu verantworten. In die beiden Köpfe der Hauptgestalten drängt sich hier in der That die Bedeutung eines der wichtigsten historischen Ereignisse zusammen. Es ist das erkürzte, um seine Welt-herrschaft kämpfende, jeden Kerkgebanen mit Feuer und Schwert vernichtende Rom und die geistige Freiheit, das Recht der Prüfung, des selbstständigen Gedankens, der Reformation, die hier einander gegenüberstehen. Weit besser ist dem Künstler der heftig aufstrebende, unbedingten Gehorsam heischende Cardinallegat gelungen, als Luther, der Mönch. Nicht vom hohen Himmel herab, mit aufwärts gerichteten Blicken steht der scharf in die Enge getriebene Reformator Hilfe, Trost und Festigkeit; er findet sie in der eigenen Brust, in der festen Ueberzeugung von seinem unveräußerlichen Menschenrechte und in der harten, derben, deutschen Kraft seiner Seele. Der Luther, den wir historisch kennen, sollte dem Kirchenfürsten grade fest in's Gesicht blicken, überzeugt von seinem Rechte und ohne Wanken an demselben haltend. In Zeichnung und Gruppierung giebt Lindenschmit sich wieder als der außerordentlich geschickte, fein berechnende Künstler, den wir aus mancher früheren Arbeit kennen. Er malt dieses Zeitalter am liebsten; das Beste was er geschaffen, gehört dem Jahrhundert der Reformation an. Daher, und das unterscheidet ihn vorthellhaft von dem ihm in vielen Stücken verwandten Pilot, der in seinen späteren Bildern alle Zeitalter mit modernen Modellköpfen darstellt, hat Lindenschmit die

## Stadt-Theater.

Kneisel's „Die Tochter Belials“ ist eine eigenthümliche Mischung von Schauspiel, Lustspiel- und Possenelementen, die aber der bühnenskundige Verfasser recht geschickt zu einem wirksamen Ganzen vereinigt hat. Das Stück hat denn auch, wie es neu war, hier, wie überall wo es gespielt ist, vielen Beifall gefunden. Die jetzige Besetzung steht nun der damaligen nicht nach. Fr. Bernhardt spielte die Clara recht frisch, empfindungsvoll und mit gutem Humor. Auch Fr. Seebach fand sich mit der sehr unsympathischen Rolle der alten Heuchlerin ganz gut ab. Der alte Freiherr wurde von Hrn. A. Ellmenreich einfach und wahr gegeben. Hr. Lewinger gab den Candidaten mit feiner Charakteristik. Der Heiligenstein, mit welchem die Gestalt umhüllt war, wirkten sehr komisch, ohne es aber unglücklich zu machen, daß der Kern des Charakters von den salbenden Formen unbeschädigt geblieben ist. Mit köstlichem Humor führte Herr L. Ellmenreich den leichtlebigen Ferdinand in der Brömmelmäsk vor. Der komischen Wirkung dieser Partie konnten selbst die anderen Mitspielenden nicht ganz widerstehen. Die wunderliche und eben nur in der Pöste mögliche Figur des Gallapfel fand in Herrn Müller eine prächtige Vertretung. Schon die Maske allein erregte große Heiterkeit. In den kleineren Rollen der Lanblute halfen die Damen Reichenbach, Gottschalk und Berni und die Herren Ebert, Raps und Walter die Vorstellung befriedigend abzurufen.

## 3 Kunst-Ausstellung.

Das Verschwinden der Schlachtenbilder aus unseren Ateliers und Ausstellungen ist ein charakteristisches Zeichen von der ruhigeren mehr künstlerischen Auffassung unserer nationalen Geschichtseits der Maler. Als die patriotischen Leidenschaften und das Hochgefühl großer Ruhmes Thaten noch nachzitterten in dem Gemüthe des Volkes, da vernochten auch die Geschichtsmaler kaum andere Stoffe zu wählen als Schlachtenscenen, Kampfgewühl, wildes Gewirr ringender Menschengestalten



fichtlich ist, es sehr wenig berechtigt wäre, die Kräfte, die dazu nötig sind, in Bewegung zu setzen. Außerdem aber würde die Rücksicht den Reichstagen schon gebieten, daß ihm nicht eine Vorlage gemacht wird, deren Erfolglosigkeit schon von vornherein einsehbar ist.

Für die Resolution tritt hierauf nochmals der Abg. Herz ein; durch Schwierigkeiten, die in der Sache liegen, dürfte sich der Reichstag nicht abschneiden lassen. — Die Resolution wird hierauf unter Streichung der in Klammern gesetzten Worte angenommen.

Die zweite Resolution lautet: „Den Reichskanzler aufzufordern, dem Reichstage mit thunlichster Beschleunigung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen unter Festhaltung der im Strafgesetzbuch über die Freiheitsstrafen enthaltenen Bestimmungen die Vollstreckung der Freiheitsstrafen in Ansehung der Gefängnisstrafe, der Verpflegung, Beschäftigung und Behandlung der Sträflinge gesetzlich gleichmäßig für das deutsche Reich geregelt wird.“ — Dieser Antrag wird ohne Discussion angenommen.

Der Präsident theilt ein Schreiben des Abg. Prinzen Hohenlohe-Ingelfingen mit, in welchem derselbe mittheilt, daß er, um dem Hause die Verhandlungen über die Prüfung seiner Wahl zu ersparen, sein Mandat niederlege. (Große Heiterkeit.)

Die Concursordnung, sowie die Civilprozeßordnung werden — vorbehaltlich der Schlussabstimmung — auf den Vorschlag des Abg. Miquel in dritter Lesung en bloc angenommen.

In das Einführungsgezet zur Civilprozeßordnung beantragt Abg. Miquel folgenden § 1a aufzunehmen: „Das Kostenwesen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten wird für den ganzen Umfang des Reichs durch eine Gebührenordnung geregelt.“ Das Haus beschließt diesem Antrag gemäß und genehmigt ohne Discussion die einzelnen Paragraphe des Einführungsgezetes.

Es wird hierauf, da sich dagegen ein Widerspruch nicht erhebt und seitens des Centrums und der Fortschrittspartei auf eine vorherige Zusammenstellung der in dritter Lesung zu der Strafprozeßordnung und dem Einführungsgezet zur Civilprozeßordnung gestellten Beschlüsse verzichtet wird, sofort zur Schlussabstimmung über die Justizgesetze geschritten. In namentlicher Abstimmung wird das Gerichtsverfassungsgesetz mit 194 gegen 100 Stimmen angenommen. Für dasselbe stimmen ohne Ausnahme sämtliche Nationalliberalen, die deutsche Reichspartei, die Conservativen und die Gruppe Löwe-Berger; gegen dasselbe die Fortschrittspartei und das Centrum. Es fehlen die Polen, die Socialdemokraten und die Elsaß-Lothringer.

In gewöhnlicher Abstimmung werden darauf die Entwürfe der Strafprozeßordnung mit derselben Majorität und die Civilprozeßordnung, sowie die Concursordnung nebst den Einführungsgezetzen zu denselben einstimmig definitiv angenommen.

Präsident Hofmann verliest eine Postkarte des Kaisers, in welcher derselbe ankündigt, daß er Morgen 2½ Uhr Nachmittag den Reichstag schließen werde.

Präsident v. Forckenbeck giebt hierauf eine Uebersicht über die Geschäftstätigkeit des Hauses in dieser letzten Session. Das Haus hat während derselben 36 Plenarsitzungen gehalten und in denselben von den eingegangenen 18 Gesetzesvorlagen 16 erledigt, außerdem 6 Interpellationen und 8 Anträge von Seiten der Mitglieder des Hauses und einen großen Theil der 769 eingegangenen Petitionen.

Abg. v. Bonin spricht den Präsidenten, sowie den Mitgliedern der Justiz-Commission den Dank des Hauses aus. Das Haus erhebt sich zum Zeichen der Zustimmung.

Präsident v. Forckenbeck dankt in seinem Namen wie in dem seiner Kollegen und der Mitglieder der Justiz-Commission und schließt mit einem Hoch auf den Kaiser, in das das Haus einstimmt.

### Deutschland.

△ Berlin, 21. Decbr. Die Bundesraths-Ausschüsse für Handel und Verkehr haben einen Antrag eingebracht, welcher eine besondere Anordnung über die von den notenausgebenden Banken zu veröffentlichenden Jahresbilanzen betrifft und eine geforderte Nachweisung der Activa und Passiva vorschreibt. Außerdem will der Antrag, daß in der Jahresbilanz nach dem Bankgesetz die aus weiterbegebenen im Inlande zahlbaren Wechseln entsprungenen event. Verbindlichkeiten ersichtlich gemacht werden sollen. — Wie wir mit Bestimmtheit erfahren, wird das Gesetz wegen Einführung von Ausleihungs-Abgaben, welches wegen des nahen Sessionsschlusses unausgeführt bleiben mußte, zu den ersten Gegenständen gehören, welche die nächste Reichstagsession beschäftigen sollen. Man hat die Absicht, nicht ohne Benutzung der bis dahin durch die Reichstagsverhandlungen in erster Lesung und in der Commission gemachten Erfahrungen, die Vorlage vollständig umzuarbeiten; dieselbe soll dadurch eine abgeschlossener Form erhalten und nicht nur gegen

Menschen jener Zeit in ihren typischen Eigenthümlichkeiten genau studirt und schafft seine Gestalten ganz aus derselben heraus. Das ist nicht nur Costüm, Umgebung, Staffage des 16. Jahrhunderts, sondern Schnitt der Köpfe, Ausdruck der Physiognomie, Haltung, geistiges Leben und Denken jener bedeutenden Periode. Diese Zeitstimmung, die in jedem einzelnen Kopfe der figurenreichen Gruppe sich ausdrückt, ist einer der größten Vorzüge des Bildes. Dagegen vermißt man an ihm die coloristische Meisterschaft, die man sonst bei Lindenschmit zu finden sicher ist. Es scheint fast, als ob der Künstler sich neuerdings darin gefiel, fremde Malweisen zu cultiviren. Gelegentlich trat er uns wohl in niederländischer Manier entgegen, hier giebt er sich Mühe zu malen wie die Spanier, wie Ribera, Zurbaran oder Velasquez. An gar zu pastose Pinselführung hat er uns schon durch frühere Gemälde gewöhnt, dieses aber verliert einen großen Theil seiner Wirkung durch die brandigen Fleckstöne, die jenen Spaniern entlehnt scheinen und die die großen sonstigen Verdienste des Bildes stark in Schatten stellen. Einzelne coloristische Effecte läßt der Künstler sich nicht entgehen. Er setzt dreierlei Roth auf und nebeneinander, hebt die beleuchteten Köpfe von der dunklen Wand ab und vermag trotz der ruffigen Schatten und Töne doch eine wohlklingende Farbenharmonie zu erreichen. Dennoch aber wollen wir hoffen, daß Lindenschmit es bei diesem einem Versuche, uns einmal spanisch zu kommen, bewenden lassen wird.

Eine große Composition von Cornicelius, die sich allenfalls auch noch den wenigen Gesichtsbildern unserer Ausstellung anreicht, dürfte bei den Beschauern kaum viel Beifall finden. Der Gegenstand „die Gefolgschaft der heiligen Elisabeth durch Konrad von Marburg“ ist widerwärtig, die Ausführung leidet an theatralischem Pathos und einer grabesüßlichen Abfälschung. Der nackte weibliche Körper der dulden Heiligen, die sich zu diesem Acte mit himmelblauen Bändern coiffirt hat, besonders das zarte pfirsichsammtene Incarnat

Frankreich, sondern auch gegen Rußland seine Spitze kehren. Wahrscheinlich wird die Vorlage einen Theil der Arbeiten bilden, welche auf dem Gebiete der Handelspolitik bez. des Abschlusses von Handelsverträgen etc. zu erwarten sind. Jedenfalls wird der Entwurf wegen Zeitmangels in der nächsten Session nicht unerledigt bleiben können. — Auch der Antrag auf ein Gesetz über den Vogel-schutz, welches unerledigt geblieben ist, soll in der nächsten Sitzung wieder aufgenommen werden. Wahrscheinlich aber wird die Reichsregierung wegen der internationalen Seite der Materie die Initiative ergreifen. Es hat nämlich die österreichisch-ungarische Regierung im eigenen und zugleich im Namen des italienischen Gouvernements die Reichsregierung eingeladen, der Vereinbarung zwischen den gedachten Regierungen über den Schutz der für die Bodencultur nützlichen Vogelarten beizutreten. Dem Bundesrath ist bereits davon Mittheilung gemacht worden, und es soll in einer der nächsten Sitzungen darüber Beschluß gefaßt werden. — Zu den Reichstags-Abgeordneten, welche kein Mandat wieder anzunehmen erklärt haben, gehört auch der General-Feldmarschall Graf v. Moltke.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ macht darauf aufmerksam, daß der Beginn der Landtags-session über den 12. Januar nicht hinausgeschoben werden kann, da an diesem Tage der verfassungsmäßig zulässige Zwischenraum zwischen den Wahlen und dem Zusammentritt des Landtages abläuft.

Der Entwurf der Begeordnungsordnung ist in den beiden letzten Sessionen des Landtages über die Commissionsberatungen nicht hinausgelangt, vornehmlich weil das Plenum des Abgeordneten-hauses es für nothwendig erachtete, zunächst die endgültige Gestaltung der neuen Behörden der Selbstverwaltung und die Regelung ihrer Zuständigkeit abzuwarten. Nach Emanation des Kompetenzgesetzes ist nunmehr, wie die „N. A. Z.“ berichtet, der frühere Entwurf der Begeordnungsordnung einer Umarbeitung unterworfen und in einigen Punkten erheblich abgeändert worden. Derselbe wird demnächst Gegenstand commissarischer Beratungen der mitbetheiligten Minister sein.

Die Einnahmen des Deutschen Reichs an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern haben für die Zeit vom 1. Januar bis zum Schlusse des Monats November 1876 (verglichen mit demselben Zeitraum des Vorjahrs) betragen: Zölle 110 306 549 Mk. (+ 780 237 Mk.), Ribbenzuckersteuer 33 568 759 Mk. (+ 6 080 478 Mk.), Salzsteuer 29 812 293 Mk. (+ 944 483 Mk.), Tabakssteuer 493 000 Mk. (+ 155 400 Mk.), Branntweinsteuer 35 960 803 Mk. (+ 3 112 425 Mk.), Uebergangsabgaben von Branntwein 115 435 Mk. (13 605 Mk.), Brausteuer 16 248 997 Mk. (— 9410 Mk.), Uebergangsabgaben von Bier 810 231 Mk. (+ 3294 Mk.), Summa 227 316 076 Mk. (+ 4 855 662 Mk.).

Dem Abg. Schulze-Delitzsch ist gestern durch das auswärtige Amt die ihm von der Ausstellungs-Commission für Gesundheitspflege in Brüssel für seine Verdienste um das Genossenschaftswesen ertheilte große goldene Medaille nebst Diplom übergeben worden.

Auf der Kieler Werft ist man mit dem Bau und der Ausrüstung der Panzerfregate „Friedrich der Große“ so weit vorgeschritten, daß in den nächsten Tagen die Fregate Dampf aufmachen wird, um zunächst die Prüfung der Maschinen vorzunehmen. Das Schiff ist bis auf die Panzerung der drehbaren Geschützthürme so weit fertig gestellt, daß die Probefahrten voraussichtlich in den ersten Monaten des zukünftigen Jahres werden erfolgen können. — In Stelle des erkrankten Lieutenants z. S. v. Ehrenroth ist der Lieutenant z. S. Mittler an Bord der Corvette „Gazelle“ commandirt.

Die definitiven Ergebnisse der Volkszählung im Königreich Baiern vom 1. Dec. 1875 sind vor Kurzem durch das statistische Bureau in München festgelegt worden. Hiernach beträgt die gesammte ortsanwesende Bevölkerung 5 022 290 Personen, wovon 2 451 754 auf das männliche und 2 570 536 Personen auf das weibliche Geschlecht kommen.

### Frankreich.

Paris, 19. Decbr. In der heutigen Senats-sitzung gab der General-Berichterstatter über das Budget, Pouyer-Quertier, in äußerst verständlichen

wäre vielleicht schön zu nennen ohne die blutrünstigen Streifen. Der augenverwundende Priester aber und die ganze Umgebung zeigen ein Minimum des Kunstvermögens, welches kaum an befriedigendere Aufgaben heranreichen dürfte. Solche stellt sich der Maler in seiner Mignon und in dem germanischen Mädchen mit einem Bündel römischer Waffen, welche die dralle Maid wie Kaff- und Leseholz im Arm trägt. Auch hier wird nirgends eine malerische Wirkung, noch weniger eine künstlerische Befriedigung erreicht. Am ärgsten wirtschaftet Cornicelius immer mit den Augen, seine Menschen machen ganz Unglaubliches mit ihren Pupillen, Kunststücke, um die jeder Darsteller eines Winkeltheaters sich beneiden würde.

Stoff aus den Schlachtenmomenten des letzten Krieges, behandelt auf unserer Ausstellung nur Blanckarts in einigen kleinen Bildern, die durch-aus nicht zu den besten gehören, welche wir von diesem geschickten Pferdemaler kennen. Besser ist das kleinere, ein kriegerisches Genrestück „Angedrohte Revanche“, eine ganz hübsche Scene zwischen einem preussischen Husaren und einem am Boden liegenden Franzosen. Der „Tod des Garde- Dragoners“, Grafen Finkenstein, an dem heißen Tage von Mars la Tour“ entbehrt zu sehr der künstlerischen Anordnung, um günstig wirken zu können. Gewiß sind solche Momente nicht selten, in dem Jeder um seine eigene Existenz kämpft, Freund und Feind sich bunt durch einander mischt, Niemand sich um den andern kümmert. Eine andere Frage ist es aber, ob so etwas sich künstlerisch darstellen läßt. Der commandirende Offizier wird von zwei verschiedenen Seiten von Feinden durchbohrt, rechts und links kämpfen Dragoner mit Franzosen, Jeder für sich, unbekümmert um die Andern. Im Bilde sollten aber solche Actionen sich um einen Mittelpunkt künstlerisch ordnen, in malerischem Zusammenhange mit einander stehen. Das erst, das geistige Wirken und Ordnen des Malers, macht die Schilderung der Wirklichkeit zum Kunstwerk.

Ausdrücken die Kriegserklärung des Senats an die Deputirtenkammer ab. Wie gewöhnlich machten die sogenannten Constitutionellen (Pouyer-Quertier sonst dies auch) durch ihr Halten zu der Rechten wieder möglich, daß der Senat Stellung gegen die Deputirtenkammer nehmen konnte. Ein Theil der Linken gesteht dem Senat das Recht zu, Amendements zum Budget zu stellen, nimmt jedoch für die Deputirtenkammer das Recht in Anspruch, daß, wenn dieselbe diese Amendements verwirft, das Budget so veröffentlicht werden muß, wie es ursprünglich bewilligt worden ist. Die Erklärung Pouyer-Quertier's gab zu keiner weiteren Discussion Anlaß. Picard (vom linken Centrum) bemerkte einfach, daß die Linke die Erklärung annehme, jedoch mit dem Vorbehalt, daß es der Deputirtenkammer freistehe, die Beschlüsse des Senats einfach zu verwerfen. Das Budget des Ministeriums des Aeußern, das alsdann zur Berathung und Annahme kam, gab nur zu einer kurzen Discussion Anlaß. Die Hauptrede hielt der Graf von Saint Vallier, bekanntlich vor dem Krieg von 1870 Gesandter in Stuttgart und soeben französischer Bevollmächtigter bei der Occupation-Armee. Seine Auslassungen sind insofern von Bedeutung, als er sich auf den Gambettischen Standpunkt der „katholischen Rundschau Frankreich“ stellt, um die Unterdrückung einiger Credite, deren Herstellung er für den Augenblick aber nicht verlangt, zu tadeln. Saint Vallier sagte zuerst:

„Ich bebaure die Streichung einiger Credite durch die Deputirtenkammer; ich verlange nicht deren sofortige Herstellung, aber ich mache Vorbehalte für die Zukunft. Diese Credite betreffen die Kanzleien im Auslande, welche man verringert hat. Ich tadle ebenfalls die Verminderung der Credite für die Hospicien im Orient. Unsere Sprache, unsere Tradition, unsere Geschäfte sind bei der Existenz dieser Anstalten theilhaftig.“ Hier giebt Redner einige historische Betrachtungen über die Geschichte der christlichen Bevölkerung des Libanon und fährt dann fort: Deshalb ist auch das erste, was die Christen des Libanon thun, wenn sie einen Franzosen sehen, sich nach ihrem zweiten Vaterland, Frankreich, zu erkundigen. St. Vallier erinnert dann daran, auf welche Weise die religiösen Unterrichtsanstalten im Libanon gegründet wurden. Nach den Mordscenen von 1860 war die ganze Bevölkerung des Libanon zerstreut auf der Flucht. Die Mönche wurden nicht mehr verschont als die übrige Bevölkerung. Das Consulat zu Damaskus war eine Zufluchtsstätte für einen Theil der christlichen Bevölkerung geworden. Die Uebrigen, welche in die Berge geflohen, fanden Vertheidigung und Schutz in den religiösen Anstalten Frankreichs, und als man endlich die Waisenen aufsuchen konnte, fanden dieselben in den französischen Klöstern eine Zufluchtsstätte und wurden dort erzogen. In ihren Zellen wurden sie Männer. Saint Vallier spricht noch weiter zu Gunsten der französischen Klöster und bemerkt dann: Man ist deshalb auch erstaunt, daß der Credit für die Klöster des Libanon gestrichen wurde. Wenn man sich genaue Rechenschaft über die von ihnen geleisteten Dienste abgelegt hätte, so würde man nicht daran gedacht haben, die Credite für dieselben zu unterdrücken. In der wohlthätigen Wirksamkeit dieser Anstalten liegt die Grundlage von Frankreichs Einfluß im Libanon, und dieser Einfluß selbst ist die Grundlage der Größe und des Ansehens Frankreichs im Orient. So St. Vallier, dessen Rede mit großem Beifall aufgenommen wurde, sogar von den Republikanern, die so indirect den ultramontanen Ideen ihre Huldigung darbrachten. Die Rede St. Vallier's verdient Beachtung, zumal er als der Nachfolger von Decazes bezeichnet wird, da dieser sich trotz der Unterdrückung der Orléanisten nicht mehr lange wird halten können. St. Vallier hatte kein Amendement gestellt, und da kein anderer Senator das Wort ergriff, so erfolgte die Annahme des Budgets des Ministeriums des Aeußern.

20. Decbr. In der heutigen Senats-sitzung legte Monnet seinen Bericht über den Gesetzentwurf wegen Wiederausbau der Tuilerien vor. Der Senat beriet hierauf das Budget des Ministeriums für Ackerbau und Handel. Nachdem der Senat dieses Budget angenommen, verlagte sich derselbe bis morgen. Der Budget-Ausschuß des Senats hat folgende Beschlüsse gefaßt: Erhöhung des Budgets für das Justizministerium um 40 000 Frs.; Herstellung des Credits von 103 030 Frs. für die Militärgeldlichen, die jedoch nur in den Orten eingekerkert werden sollen, wo es den Soldaten nicht leicht ist, ihren religiösen Pflichten nachzukommen; ferner Erhöhung des Budgets für das Cultusministerium um 350 000 Frs., wovon 200 000 für die Succursalfarrer und 150 000 für Herstellung des Capitels in St. Denis und für das Seminar in Bourges verwandt werden sollen. Der Finanzausschuß des Senats beschloß ferner für das Kriegsministerium die Herstellung des Credits von 493 000 Frs. für Unkosten des Dienstes der Generale und von 222 000 Frs. Entschädigung für die Selbstausrüstung der Offiziere in Algerien. Der Ausschuß schied endlich im Finanzgesetz den Art. 16, welchem zufolge die Auszahlung der Gehälter für die Succursalfarrer nur auf Einreichung einer Bescheinigung, daß sie in ihrer Pfarrei ihren Wohnsitz haben, erfolgen soll.

### Italien.

Rom, 17. Dec. Die gegen den Minister des Innern, Nicotera, von der französischen Freundschaft „Gazzetta d'Italia“ veröffentlichten Verleumdungen haben sich als unwahr bewiesen und die Aussagen der Bourbonnischen Beamten dargehan, daß er sich während des, des Aufstands bei Capri halber gegen ihn und seine Gefährten eingeleiteten Untersuchungsverfahrens und nachher durchaus würdevoll und edel betragen hat. Wenn einige seiner Beamten zur Zeit der letzten Wahlen übertriebenen Dienst-eifer und Ungefehllichkeiten sich erlaubt haben, so ist das schwerlich Nicotera's Wille gewesen. Solche Dinge kommen in jedem Lande vor. Die Kollegen Nicotera's sind durch und durch ehrenwerthe Männer, was selbst von ihren Gegnern anerkannt wird. Die Ehrlichkeit und Biederkeit des Herrn Depretis ist eine sprichwörtliche. Warum, fragten wir früher öfters, kann denn Italien nicht von gewissenhaften Leuten regiert werden? Die Borse gab uns im März d. J. durch Notirung einer Haufse die Antwort darauf, an dem Tage, wo es bekannt geworden, daß der ehrliche Depretis die Leitung des Finanzministeriums übernommen hatte, daß nun die Männer der „königstreuen“ gemäßigten Lin-

ken es vorziehen ihre noch republikanisch gesinnten Landsleute mit der Dynastie zu verfühnen, statt sie zu verfolgen und mit „Reulen drein zu schlagen“, das machen ihnen einige deutsche Blätter zum Vorwurf und dies mit großem Unrecht. Eine Befolgung der Republikaner würde hier zur Revolution führen und das Grab der Dynastie werden. Der Monarch hat wohl erwogen, was dem Lande, was seiner Familie, was ihm selbst frommt! Er hat im März d. J. den ehrlichen Depretis mit der Bildung eines Cabinets der Linken beauftragt, weil er gewahrt worden, daß die Regierung der Gemäßigten ihn bereits um die Popularität, die er früher besaß, gebracht hatte. — Die Deputirtenkammer hat gestern den Etat des Unterrichtsministeriums pro 1877 in Höhe von 24 110 000 Lire mit 219 gegen 7 Stimmen genehmigt, nachdem Excellenz Coppino 4 Gesetzentwürfe und zwar I. einen Vorschlag zur Erhöhung des Gehalts der Lehrer an Lyceen, Gymnasien und technischen Schulen, II. die Fonds zur Gründung einer Pensionscasse für Elementarschullehrer zu vermehren, III. die Summen zur Unterhaltung der Bibliotheken in Rom, Florenz, Bologna und Mailand zu erhöhen, IV. ein Project zur Einführung des zwangsweisen Elementar-Unterrichts auf den Tisch des Hauses niedergelegt hatte.

### Schweden.

Stockholm, 18. Decbr. Das Examen, welchem sich der Kronprinz auf Befehl des Königs vor seiner Abreise nach der Universität unterwerfen mußte, fand Sonnabend statt. Er wurde von seinen Lehrern unter Beisein der Professoren Malmström, Daug, Hagberg und Haggström examinirt. Das Examen umfaßte folgende Fächer: schwedische und norwegische Geschichte nebst Staatenkunde, allgemeine Geschichte, Mathematik, Latein, Deutsch, Französisch und Englisch. Außer dem Könige wohnten die Chefs der schwedischen und norwegischen Unterrichts-Departements dem Examen bei.

### Türkei.

Man meldet aus Paris unter dem 20. December: Wie für sicher verlautet, reist der hier weilende frühere ägyptische Minister des Aeußern, Rubar Pascha, Sonnabend nach Konstantinopel, wohin er von der ottomanischen Regierung berufen sein soll. Wie in hiesigen politischen Kreisen verlautet, soll seine Berufung mit der in Konstantinopel bestehenden Absicht im Zusammenhang stehen, ihn eventuell zum General-Gouverneur von Bulgarien zu ernennen. Rubar Pascha ist bekanntlich christlicher Religion.

### Serbien.

Belgrad, 20. December. Täglich treffen obdachlose Flüchtlinge aus dem südlichen Serbien hier ein. Der hiesige Magistrat hat einen Aufruf an die Bürger erlassen, den Nothleidenden unentgeltlich Wohnräume zu überlassen.

### Danzig, 23. December.

\* Auch in Königsberg hat sich nunmehr ein Comite zur Unterstützung der Ueberschwemmten in der Hogat-Niederung gebildet. Ferner hat Hr. Oberbürgermeister Selle daselbst bei den Mitgliedern des Provinzial-Ausschusses angefragt, ob dieselben sich einem Central-Unterstützungs-Comite mit dem Sitz in Königsberg anschließen würden. Wie wir hören, ist von westpreussischen Mitgliedern des Ausschusses darauf die Antwort ertheilt worden, daß man ein solches Comite namentlich zur richtigen Vertheilung der gesammelten Gaben für durch-aus vortheilhaft halte, aber nur dann, wenn dasselbe in Elbing, möglichst nahe der Stätte des Unglücks, seinen Sitz habe. Welcher Vortheil dadurch entstehe, wenn das gesammelte Geld erst den Umweg über Königsberg nehme, sei nicht gut abzusehen.

\* Herr Oberbürgermeister v. Winter ist gestern Mittags bereits von Berlin hierher zurückgekehrt und wird heute wieder die Leitung der städtischen Verwaltung übernehmen.

\* Verkauft sind folgende Grundstücke: Kottens-madergasse Nr. 7 von den Heinrich Gottlieb Seyfert'schen Erben an den Rentier Heinrich Cornelius für 14 400 M. Pfefferstabt Nr. 62 von den Rentier Carl Christian Mayer'schen Erben an den Schiffscapitän Johann Wilhelm Boske für 16 950 M. Roggenpohl Nr. 23, 24 und 25 von den Schiffscapitän Johann Wilhelm Boske'schen Erben an den Tischlermeister Rudolf Albert Otto Wilsch für 52 800 M. Schöferei Nr. 2 von der Frau Auguste Louise Hins, geb. Wobst, an den Fährpächter Johann Jacob Beld für 21 000 M. Tagenergasse Nr. 2 von den Sattlermeister Friedrich Wilhelm Sprey'schen Erben an den Hofbesitzer Carl Biele für 13 950 M.

\* Die Weihnachtsfeier des Volkstheater-Gartens findet Mittwoch, 27. Decbr., Nachm. 4 Uhr, statt. Die Freunde der Anstalt sind zur Theilnahme eingeladen.

— Mit dem Tage der Betriebsöffnung der Strecke Montow - Soldau werden die Stationen Gr. Roschlau und Soldau der Marienburg-Mlawner Eisenbahn als Beobachtungsstationen in den Tarif für den Verbandgüterverkehr zwischen der königl. Ostbahn und der Marienburg-Mlawner Eisenbahn vom 1. September c. aufgenommen.

\* Marienburg, 22. Decbr. Seitens eines Ihrer Correspondenten ist Ihnen bereits über das Auftreten und die Rede des von der conservativen Partei des Wahlkreises aufgestellten Candidaten, des Oberstaatsanwalts Dalse aus Canadenwerder, berichtet worden. Es läßt sich fast dasselbe von der am letzten Sonntag hier abgehaltenen und von ca. 30 Personen besuchten Wahlversammlung sagen. Der Hr. Candidat bezeichnete sich in seinem bei dieser Gelegenheit entrollten politischen Programm als einen Mann, welcher das Parlament nur als beratenden Factor anerkennen und demselben jedwede Macht der Ausföhrung entziehen will. — Das schredliche Unglück, welches die vor wenigen Tagen erfolgten Dammbruchbrüche unter den Bewohnern des kleinen Werbers hervorgerufen haben, wird auch hier auf das Tiefste mitempfunden, und es hat sich bereits ein Comite zur Unterstützung der armen Bedrängten gebildet. — Das Weihnachtsfest naht und mit ihm kehrt der Winter in seiner unheimlichsten Schärfe bei uns ein. Heute Morgen constatirten wir einen Thermometerstand von — 16° R. Im Laufe des Vormittags traf soeben tristes Stimmwetter ein, welches auf die Communication natürlich von dem ungünstigsten Einflusse sein muß. Die Tage verspäteten gestern bereits recht bedeutend und werden unter solchen Verhältnissen vielleicht zeitweilig ganz eingestellt werden müssen. Das sind böse Weihnachten! — Die von dem kaufmännischen Verein am vergangenen Sonntag arrangirte Theater-Vorstellung war gut besucht und hat einen nennens-würthen Ueberschuß ergeben. Es wäre wohl gebothen, durch weitere derartige Arrangements pecuniäre Erfolge zum Besten der Ueberschwemmten zu erzielen und auf



Die Weise die Arbeit des Unterstüßungs-Comité's erleichtern zu helfen.

Am 21. Dezbr. Die bei dem Damm- und Canalbau bei Ussnig zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung unter den Arbeitern verordneten Gensdarmen Buchsteiner und Raminiski I. sind in ihre Stationsorte zurückgezogen worden. — Der Polizeiverwaltung zu Christburg sind daselbst zwei Gehpennistfönde und ein Einpennistfönd übergeben worden, welche aus der königlichen Münze unvollkommen hervorgegangen und zur Ausgabe gelangt sind.

Schweß, 21. Dezbr. Am 27. d. M. wird der hiesige Vorschuß-Verein eine General-Verammlung abhalten. Der Kassenabschluß des qu. Vereins balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 1510 975 M. An Vorschüssen wurden gewährt 1 194 012 M. An Zinsen wurden vereinnahmt 24 667 M., dagegen verausgabt 11 160 M. Die eingezahlte Monatssteuer der Mitglieder beträgt 70 844 M. Die Zahl der Mitglieder betrug Ende vorigen Jahres 1047; dazu sind in diesem Jahre noch 108 hinzugekommen, so daß der Verein gegenwärtig 1155 Mitglieder zählt. Das Geschäftsjahr soll ein recht günstiges gewesen sein, so daß eine namhafte Summe dem Reservefonds und eine Dividende von 13 Pf. den Mitgliedern wird zugeschrieben werden können. — Da die Veranlagung zu der Klassen- und Einkommensteuer in diesem Jahre voranschritt erst im März f. J. beendet sein wird, mit der Repartition der Kreis-Communal-Abgaben aber nicht bis dahin wird erwartet werden können, so soll nach den Vorlesungen des Kreis-Ausschusses zu dem am 23. d. M. hier zusammen tretenden Kreistage vorläufig der halbjährige Communal-Steuer-Betrag, gemäß der Repartition nach den diesjährigen Staatssteuern eingezogen werden. Hiernach würden nämlich 50 Pf. der Grund- und Gebäudesteuer und 100 Pf. der Klassen- und Einkommensteuer in Ansatz gebracht werden. Der Fiskus wird ferner von seinem Grundbesitz der Grund- und Gebäudesteuer um die Hälfte desjenigen Procentfußes flücker herangezogen, mit welchem die Klassen- und Einkommensteuer eingezogen, d. h. mit 150 Pf. — Um die Translocation unserer sehr oft durch Hochwasser gefährdeten Altstadt auf das linke Weichselufer, wofür sich schon ein schöner neuer Stadtheil, die Neustadt, entstanden, zu beschleunigen bezw. die Baukosten anzuregen, hat der Staat den städtischen Behörden bekanntlich Bauprämien in Aussicht gestellt. Die Höhe dieser Prämien wird nach dem Werthe der abgetheilten Häuser und zwar auf den dritten Theil des nach Abzug des Materialwerthes verbleibenden Marktwertes derselben normirt, so daß, falls alle Häuser der Altstadt translocirt wurden, ca. 900 000 M. zur Vertheilung an die Translocanten gelangen würden. Diese bereits vom Abgeordnetenhaus bewilligte Summe wird in drei Raten gezahlt und ist die erste Rate im Betrage von 300 000 M. der Stadt zur Auszahlung an die Translocanten bei der Regierung's Haupt-Kasse angewiesen.

Neue, 20. December. Vor einiger Zeit wurde berichtet, daß der Landrath in Marienwerder angeordnet hat, den Platz um die Kirche in Pöcken nicht mehr als Begräbnißstätte zu benutzen und einen neuen Begräbnißplatz außerhalb des Dorfes anzulegen. Mit seiner Beschwerde gegen diese Verfügung ist jetzt der Kirchenvorstand von der kgl. Regierung aus „polizeilichen Rücksichten“ abgewiesen worden. (Gef.)

Grandenz, 21. Dez. Die Weihnachtsferien in den Schulen haben diesmal hier ausnahmsweise früh begonnen. Da nämlich in letzter Zeit hier vielfach Scharlachfieber und Diphtheritis unter den Kindern aufgetreten sind, so haben die maßgebenden Behörden, um einer weiteren Verbreitung des Ansteckungsstoffes vorzubeugen, alle hiesigen Schulen bereits am Montag zu schließen. (G.)

Königsberg, 22. December. Den Freunden des verstorbenen Geheimraths Burow kann die „A. H. Z.“ die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Errichtung eines Denkmals für den hochverdienten Todten nun ihrer Verwirklichung entgegengeht und wahrscheinlich im nächsten Frühjahr erfolgen kann. Das Denkmal wird nach einem Entwurfs des Herrn Geheimrath Oppermann ausgeführt und soll in der weit über lebensgroß hergestellten Broncebüste Burow's bestehen, die auf einer ca. 12 Fuß hohen cannelirten Säule steht, die ihrerseits wieder auf einem massiven Gussbleichblock ruht. Das ganze Denkmal erhält somit eine Höhe von ca. 18 Fuß. Die Broncebüste wird in Berlin gefertigt. Säule und Gussbleichblock sollen aus der hiesigen Uniongießerei hervorgehen. — Am zweiten Weihnachtsfeiertage, feiert der Pfarrer der Sauerberger Kirche, Herr Superintendent Dr. Wald, welcher bereits vor 11 Jahren sein 50jähriges Dienstjubiläum beging, sein 50jähriges Jubiläum als Pfarrer der genannten Kirche. Der greise Jubilar ist 81 Jahre alt und erfreut sich trotz dieses hohen Alters einer guten Gesundheit und körperlichen Rüstigkeit. — Der Herausgeber des „Allstädtischen Zappers“, Gustav Zimmermann, wurde gestern wegen 9 verschiedener Verbrechen zu 9 Monaten Gefängnis verurtheilt und sofort verhaftet. Der Gerichtshof führte, wie die „Ntr. Ztg.“ berichtet, unter Anderem aus, daß die unverantwortlichen Eingriffe in die Rechte von Personen und die schändlichen Verleumdungen, deren sich Zimmermann schuldig gemacht, offenbar nur in dem Bestreben, dem Publikum etwas Falsches zu liefern, eine strenge Strafe verdienen. Einen rechten Schutz gegen solche Angriffe gebe es nicht, wenn nicht die öffentliche Meinung durch Nichtbeachtung derartige Blätter beseitigen wolle.

Δ Sterbe, 20. Dezbr. Die Reorganisation unserer höheren Schulen bildet seit einigen Wochen selbstverständlich das Tagesgespräch, und wie jede Erneuerung, findet dieselbe neben zahlreichen warmen Freunden und Vertheilern auch ihre Gegner, welche letztere mit gewöhnlicher Dreistigkeit, bei vollständiger Unkenntnis der wahren Sachlage mit Zahlen und Behauptungen um sich werfen, wie sie ihnen gerade in ihren Kram passen. Eine Erhöhung der Communalsteuern um 50 Pf. und mehr ist unausweichlich, der Ruin des Stadtermögens in 5 oder 6 Jahren eine voraussetzliche Folge der Reorganisation unserer Schulen, so verdrängen gewisse Leute ihren Mitbürgern einzuweisen. Der wahre Sachverhalt ist nun nachfolgender: Die höhere Bürgerschule erfordert bei einem Etat von 21 000 M. einen Zuschuß von 10 600 M., das heißt 4000 M. mehr pro Jahr als die bisherige Knabenschule, zu welcher die Stadt 66 000 M. beizutragen hatte. Die bisherige höhere Bürgerschule erforderte 2000 M. Zuschuß pro Jahr, der sich nach Reorganisation derselben auf 3500 M. erhöhen wird. Für den Neubau eines Töchterschulgebäudes ist nun allerdings die Aufnahme eines Darlehens und dessen Verzinsung und Amortisation mit ca. 3 bis 40 M. pro Jahr erforderlich. Da aber das zum Neubau des Bürgerschulgebäudes seiner Zeit angenommene Darlehen mit dem nächsten Jahre amortisirt und dann die Stadt völlig schuldenfrei ist, so erlischt damit auch die bis dahin gezahlte Amortisations- und Verzinsungsquote von 3150 M. pro Jahr, welche demnach zur Amortisation und Verzinsung des nun zum Baue der Töchterchule aufzunehmenden Darlehens zu verwenden wird. Der Etat wird also in dieser Beziehung keineswegs neu belastet, es bedarf nicht die gesamte erforderliche Mehrsumme sonach auf 5500 M. und es wird, da zur Zeit durch Communalsteuern ca. 36 000 M. aufgebracht werden, eine Erhöhung derselben um ca. 15, keineswegs aber um 50 Pf. erforderlich sein. Die Nothwendigkeit und die Vortheile der beschlossenen Reorganisation sind so sehr einleuchtend, daß wir solche sogar von den Gegnern derselben bisher noch nicht bestritten gehört haben.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 22. Dezbr. Die Thronrede des Kaisers lautet: Bei Schluß der vierten und letzten Session der zweiten Legislaturperiode des Reichstages darf ich Sie auffordern, mit mir einen befriedigenden Rückblick auf die Ergebnisse Ihrer Thätigkeit zu richten, um uns zu vergegenwärtigen, in welchem Maße Ihre und der Bundesregierungs gemeinsame Arbeit im Laufe der letzten drei Jahre den Ausbau der verfassungsmäßigen Grundlagen des Reichs gefördert hat. Durch das Reichs-Militärgefeß ist die Organisation des deutschen Heeres festgestellt und damit eine zuverlässige Gewähr für die Unabhängigkeit des Vaterlands und seine berechtigete Vertretung geschaffen. Auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Interessen hat das Bankgefeß für die Regelung der Creditverhältnisse und des Geldumlaufs eine einheitliche Ordnung eingeführt, von der Handel und Verkehr eine stetige, nachhaltige Förderung erwarten dürfen. Zugleich war die Gesetzgebung darauf bedacht, ihre Fürsorge für die arbeitenden Klassen durch die Organisation der eingeschriebenen Hilfskassen zu betheiligen. Von nicht geringer Bedeutung ist das, was für die geistigen Interessen der Nation geschaffen ist. Die Rechte und Pflichten, die sich an die literarische Thätigkeit knüpfen, sind durch das Preßgefeß geregelt. Der Schutz des geistigen Eigentums hat durch das Gefeß über das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste, an Mustern und Modellen eine lang entbehnte Erweiterung erhalten. So werthvoll aber auch frühere Sessionen in dieser und in anderen Beziehungen waren, werden sie an Bedeutung übertroffen durch die große Aufgabe, die Ihnen auf dem Gebiete der Justizgesetzgebung gestellt war. Nach Revision des Strafgesetzbuchs in voriger Session, fiel der heute schließenden die Erledigung der Gesetzentwürfe über die Gerichtsverfassung, die Civilstrafprozessordnung und die Concursordnung zu. Die Entwürfe sind von den Commissionen mit angepanntem Fleiße und eingehendster Sorgfalt geprüft; der Reichstag hat die Beratungen dieser Gezeße mit dem Eifer und der Hingebung gepflogen, wie sie einer so großen nationalen Aufgabe würdig waren. Bei einem so umfangreichen bedeutungsvollen Werke mußten bei der ersten Beurtheilung die Meinungen über viele wichtige Punkte nothwendig in dem Maße auseinandergehen, wie es der Verbreitung und Vielseitigkeit der juristischen Durchbildung in allen Theilen des Vaterlands entspricht. Dennoch ist es zu meiner aufrichtigen Freude gelungen, allen Meinungsverschiedenheiten im Wege der Verständigung entgegenzukommen. Die Freude ist für mich um so lebhafter, je höher ich den Gewinn ansehe, der aus dem Gelingen des Werks für unser nationales Leben erwachsen muß. Durch die Erledigung der Justizgezeße ist die Sicherheit gegeben, daß in naher Zukunft die Rechtspflege in ganz Deutschland nach gleichen Normen gehandhabt, daß von allen deutschen Gerichten nach denselben Vorschriften verfahren werden wird. Wir sind dadurch dem Ziele nationaler Rechtseinheit wesentlich näher gerückt. Die gemeinsame Rechtsentwicklung wird in der Nation das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit stärken und der politischen Einheit Deutschlands einen inneren Halt geben, wie ihn keine frühere Periode unserer Geschichte aufweist. Die Rechtseinheit auch auf dem Gebiet des gesammten bürgerlichen Rechts herbeiführen, wird der Beruf kommender Sessionen sein. Ich entlasse Sie, indem ich für Ihre angelegte, erfolgreiche Arbeit wiederholt Namens der Bundesregierungen den wärmsten Dank ausspreche, in dem festen Vertrauen, daß, wenn der Reichstag sich wieder versammelt, es uns vergönnt sein wird, unsere Arbeiten anschießlich den friedlichen Aufgaben der inneren Reichs-entwicklung zuzuwenden. Der bisherige Fortgang der Verhandlungen zwischen den Mächten Europas über die im Orient schwebenden Fragen berechtigt mich zu der Hoffnung, daß es meinen Bemühungen und den entgegenkommenden, friedlichen Intentionen der an der Entwicklung der Verhältnisse im Orient unmittelbar beteiligten Mächte gelingen werde, die schwebenden Fragen ohne Beeinträchtigung der guten Beziehungen zu lösen, welche gegenwärtig obwalten. Ich werde, gestützt von dem Vertrauen, welches sich Deutschlands friedliebende Politik erworben, im Wege freundschaftlicher, selbstloser Vermittlung mit Gottes Hilfe auch ferner dazu mitwirken.

Zuschriften an die Redaction.

Die Hagelversicherungs-Gesellschaft zu Marienwerder.

von Heber-Schridlan.

Die Hagelversicherungs-Gesellschaft zu Marienwerder, welche schon ihr 27. Geschäftsjahr beabsichtigt, hat sich während dieser ganzen Zeit einer Veröfentlichung über ihre Wirksamkeit enthalten. Der Hinweis auf diesen Umstand allein wird es schon rechtfertigen, wenn einmal auf eine nähere Beschreibung dieses Instituts, welches nun bald ein Menschenalter hindurch lebendig dem Interesse der Landwirthe unserer Provinz gedient hat, eingegangen wird. Ich werde mich bei derselben nur auf Zahlen und Thatfachen stützen, um meinen Lesern Gewerdegossen selbst das Material zu einer Prüfung an die Hand zu geben: zunächst, welchen absoluten Werth die Ges. für unsere Provinz hat? und dann, welche Berücksichtigung dieselbe gegenüber den anderen Gesellschaften, welche hier Versicherungen betreiben, verdient?

Die Marienwerderer Hagel-Vericherungs-Gesellschaft ist im Jahre 1850 aus der daselbst seit 1847 bestehenden Mobilien-Feuer-Verf.-Ges. hervorgegangen. Beide Gesellschaften sind die ältesten provinziellen Gegenseitigkeits-Institute.

Es war in unserer Provinz vor 30 Jahren noch nicht all-gemein üblich, gegen Hagel zu versichern. Einmal konnten die Landwirthe bei mäßiger Verchöpfung der Güter und bei den geringen Wirtschaftskosten und Lasten damaliger Zeit einen nicht zu bedeutenden Hagelschaden allenfalls noch übertragen; dann war seit Menschengedenken selten ein schwerer Hagelschaden bekannt geworden und endlich das Hagelversicherungswesen damals überhaupt noch wenig ausgebildet.

Diesen angenehmen Zuständen wurde mit Einem Schlag durch das große Hagelwetter ein Ende gemacht, welches im Jahre 1847 unsere Provinz heimlichete. Dasselbe rüttelte die letztere aus ihrer Sorglosigkeit auf und es wurde schon im Jahre darauf von Marienwerder aus der Versuch zur Bildung einer Hagel-Vericherungs-Gesellschaft gemacht. Derselbe scheiterte jedoch an den jeder Sicherheit entbehrenden Umständen jenes Jah-

res — es war das Revolutionsjahr 1848 — und mußte daher auf günstige Zeiten verschoben werden. Sobald diese sich einstellten und im Jahre 1850 wieder geordnete Verhältnisse Platz gegriffen hatten, traten die Haupt-Direction der Mobilien-Feuer-Vericherungs-Gesellschaft zu Marienwerder und eine Anzahl angehänger Mitglieder dieser Gesellschaft, welche allen Theilen der Provinz angehörten, zusammen und gründeten (im guten Sinne des Wortes) unter der Haupt-Direction dieser Mobilien-Feuer-Vericherungs-Gesellschaft, mit dem Verwaltungs-personal und in den Räumlichkeiten der Hagelver-icherungs-Gesellschaft für die Provinz Preußen. Der Gesellschaftsbetrieb wurde noch in demselben Jahre mit 106 Mitgliedern und einem Versicherungscapital von 629 050 Thalern eröffnet.

Die Beschränkung des Versicherungsbereichs auf die Provinz Preußen war das Resultat gewichtiger Gründe, welche auch heute noch ihre volle Geltung haben. Dieselben stützen sich vornehmlich auf die Thatfache: daß die geographische Lage der Provinz in sich abgeschlossen eine Hagel-Sozietät begünstigt, weil durch langjährige wissenschaftliche Beobachtungen festgestellt ist, daß die Hagelschäden auf dem europäischen Continente durchschnittlich mit der östlichen Lage abnehmen. Die Bedenken, welche neuerdings von gegnerischer Seite gegen dieses beschränkte Geschäftsgebiet erhoben worden, dürften schon Ansehts der 1178 Quadratmeilen besetzten hinwiegend erscheinen. Zum Ueberflus werden sie aber auch durch die langjährige Praxis der Gesellschaft widerlegt: denn wie wäre die letztere sonst wohl während 27 Jahren in der Lage gewesen, die Entschädigungsfälle mit der allgem. an erkannten Liberalität zu erledigen und, wie wir nachweisen werden, zugleich im Durch-schnitt dieser Jahre so billige Prämienbeiträge zu be-rechnen, wie bisher keine andere Gesellschaft.

Etwas Anderes ist es aber mit dem Uebelstande, daß in einzelnen Jahren zu hohe Prämienerebennungen stattgefunden haben und daß letztere überhaupt fortwäh-renden Schwankungen unterworfen sind. Dieser Uebel-stand wird namentlich von den Actiengesellschaften immer wieder hervorgehoben und aus demselben nicht der Ma-rienerwerder Gesellschaft allein, sondern allen Gegen-seitigkeitsgesellschaften, auch den größten, ein Vorwurf ge-macht und, wie ausgedrückt werden muß, ganz mit Recht. So betragen die Nachschuß-Beiträge der Schwedter Gesellschaft, welche ein bedeutendes Ver-icherungsgeld in einem großen Theile Norddeutschlands betreibt, im Jahre 1853: 290 Pf., 1855: 80 Pf., 1859: 102 Pf., 1861: 85 Pf., 1867: 130 Pf., 1872: 86 Pf. außer anderen kleineren Nachschüssen. Auch die Norddeutsche Gesellschaft hat Nachschüsse von 15 bezw. 30 60 und 80 Pf. erheben müssen, wobei noch in Berücksichtigung zu ziehen ist, daß dieselbe erst seit dem Jahre 1869 besteht und in Folge dessen das hageleiche Jahr 1867 nicht mitgemacht hat, welches gerade in ihrem gegenwärtigen Geschäftsgebiete die verheerendsten Hagelwetter entand. Durch dieses eine Jahr 1867 erlitt die v. r. coalitirte Actiengesellschaften zu Köln, Magdeburg, Weimar und Berlin (vom 1832) einen Reserve-Verlust von 1 884 681 M. und doch betrug das Versicherungscapital derselben 456 236 022 M. und letzteres war auf ein dieser bedeu-tenden Summe entsprechend großes Versicherungsgebiet vertheilt.

Dieses letztere Beispiel zeigt nun deutlich den Weg, auf welchem diese große Schwankungen in den Prämien-beiträgen am sichersten vermieden werden können.

Eine Reserve von Einem Thaler auf 1000 Thaler Versicherungscapital will nichts bedeuten und in unserer Gesellschaft fielen denn auch die themen Jahre 1869 und 1872, in welchen 2 Thlr. 14 Sgr. bezw. 2 Thlr. 6 Sgr. 1 Pf. aus-geschieden werden mußten, nachweislich mit einem der-artig mangelhaften Reservefonds zusammen und ähnlich wird es sich wohl auch in den gleichen Fällen bei den anderen Gegenseitigkeits-Gesellschaften verhalten haben.

Wie unter solchen Umständen selbst Landwirthe, welche Anhänger des Prinzips der Gegenseitigkeit sind, die Vortheile vermissen, deren sie in einer längeren Reihe von Versicherungsjahren bei unserer Gesellschaft theil-haftig geworden waren und lieber einer theueren Actien-gesellschaft beitreten, indem sie sagen: „Hier weiß man wenigstens, was man zu bezahlen hat“ — so war das, wenn auch nicht in allen Fällen richtig gehandelt, im Ganzen doch erklärlich.

Unsere Gesellschaft hat sich nach jenen unglücklichen Jahren den großen Ernst der Sachlage nicht verhehlt. Sie hat aber die Abhilfe nicht erst gesucht, wo sie doch nicht gefunden worden wäre, d. h. also etwa in der Vergrößerung ihres Geschäftsbetriebes, sondern sie hat mit der Sicherstellung ihres jedesmaligen Geschäfts jenen vorhin angebeuteten, durch das Beispiel der Actiengesellschaften vorgezeichneten, Weg beschritten. Es wurde das Annehmen eines zur Versicherungs-summe in angemessenem Verhältnis stehenden Reserve-fonds als eine conditio sine qua non hingestellt und demgemäß energisch durchgeführt.

Die Hauptdirection hatte zum ersten Male die Garantie, im Rechnungsbuch des Jahres 1874 den Mitgliedern eine Reserve von 1 M. auf 104 M. Versicherungscapital nachzuweisen. Im Jahre darauf 1875 wurde dieselbe schon auf 1 pSt. erhöht und im letzten Jahre 1876 wurde der Reservefond nicht allein der erheblichen Vergrößerung der Gesellschaft entsprechend (die Versicherungszunahme in der letzten Campaigne betrug über 1 1/2 Millionen M.), sondern auch außerdem noch um 7 pSt. gegen das Vorjahr aufgebessert und beträgt demnach gegenwärtig 1 M. auf 93 M. Ver-sicherungscapital.

Bei der Schwedter Gesellschaft verhielt sich die Reserve zur Versicherungssumme im vorigen Jahre wie 1 zu 654; vom letzten Verwaltungsjahr liegt leider nur ein mangelhaftes Material vor, aus welchem zu ersehen ist, daß der Prämienbeitrag 60 Pf. beträgt und danach kann wohl mit Sicherheit angenommen werden, daß der Reservefond ebenfalls aufgebessert ist. Die Nord-deutsche Gesellschaft schließt im letzten Jahre, 1876, mit einer Reserve von 1 M. auf 910 M. Versicherungs-capital ab.

Diese Reservefond-Frage war nun zwar die wichtigste, aber nicht die einzige, welche befriedigend gelöst werden mußte, um unserer Gesellschaft eine gesunde Entwicklung zu sichern. Denn indem sich letztere in den 1850er Jahren mehr und mehr entwickelte und in dem folgenden Jahr-geht ihre größte geschäftliche Ausdehnung erreichte, hatte mit letzterer ein anderer Uebelstand gleichen Schritt gehalten: es bürgerten sich nämlich nicht wenige Ver-sicherungen ein, welche zu oft entschädigt werden mußten. In der That hat es größere Güter gegeben, welche im Verlaufe von 5 aufeinander folgenden Jahren 3 nam-baste Entschädigungen erhielten und eine Anzahl von kleineren bürgerlichen Versicherungen, welche fast all-jährlich mit Ansprüchen an die Gesellschaft herantreten. In Bezug auf letztere glaubte die Gesellschaft Opfer bringen zu müssen, um das Hagelversicherungswesen unter den kleinen Besitzern überhaupt erst festen Fuß fassen zu lassen. Obgleich die Taxkosten zu diesen kleinen Ent-schädigungen in gar keinem Verhältnis standen, sie sogar hin und wieder übertrieben, so übernahm die Gesellschaft dieselben selbst noch in den Fällen, in denen der Schaden sich als nicht ersatzfähig erwies und prolongirte diese Versicherungen immer auf's Neue. Der Erfolg war denn schließlich der, daß solche Mitglieder auf dem besten Wege waren, die Gesellschaft als ein Provinzial-Woh-lthätigkeits-Institut zu betrachten.

Diesen nicht erwünschten Erscheinungen innerhalb der Gesellschaft wurde endlich durch den Beschluß der Generalversammlung vom 19. October 1872 entgegen-getreten, der die bekannten Zuschläge von 2/5, 1/5, 3/5, u. 1/5 zu dem nach dem Durchschnitt feststehenden ordentlichen Beitrage bei 2, bezw. 3, 4 und 5maliger ersatzfähiger

Verhagelung innerhalb der letzten 5 Jahre festsetzte. Es ist diese Bestimmung, welche unsere Gesellschaft übrigens mit anderen Versicherungs-Gesellschaften theilt, vielfach bemängelt worden und es lassen sich allerdings Fälle denken, in welcher sie zu Härten führen kann. In solchen außerordentlichen Fällen bleibt den Beschädigten aber immer noch die Berufung an die General-versammlung und bei der großen Rücksicht, mit welcher die Gesellschaft von ihren Rechten den Mitglieder gegenüber Gebrauch zu machen gewohnt ist, würde diese unweisehaft in's Mittel treten. Ueber die Zweck-mäßigkeit jener Bestimmung im Allgemeinen jedoch herrscht schon jetzt nach einer nur vierjährigen Erfahrung kein Zweifel mehr und es hat sich dieselbe auch in den niedrigeren Prämien der letzten Jahre bereits geltend gemacht. (Schluß folgt.)

Vermischtes.

Wie telegraphisch gemeldet worden, ist der Reichstags-Abg., Reg.- und Geh. Legationsrath a. D. Dr. jur. Prof. am 19. zu Schwerin in Mecklenburg gestorben. Derselbe war am 30. August 1802 geboren. Seine Gymnasialbildung erhielt er auf dem Berlin-schen Gymnasium zum Grauen Kloster. Bis zum Jahre 1849 war er Mitglied der mecklenburgischen Landes-regierung, dann Director im Finanzministerium. 1848 bis 49 war er Mitglied der mecklenburgischen Kammer; seit 1867 Mitglied des Reichstages, in welchem er zur national-liberalen Fraktion gehörte. Außer politischen und volkswirtschaftlichen Abhandlungen in Zeitschriften hat Prof. eine größere Anzahl von Schriften verfaßt, die sich auf mecklenburgische Zustände und speziell die mecklenburgische Verfassungsfrage beziehen.

Paris. Das Grabdenkmal für Arber ist nun fertig; es besteht aus einer Pyramide aus schwarzem Marmor und trägt auf der Stirnseite die Inschrift: „Arber (Daniel Francois Esprit), geboren zu Caen am 29. Januar 1782, gestorben in Paris am 22. Mai 1871.“ Die Flächen der Rechten und Linken führen die Titel von 38 Compositionen des Meisters auf. Die feierliche Aufstellung des Monuments auf dem Pere-Lachaise erfolgt demnächst.

Anmeldungen beim Danziger Standesamt.

22. December.

Geburten: Sergeant Edmund Theophil v. Ro-giczowski, S. — Arb. Matkowski, T. — Schmiedmacher August Julius Börske, S. — Schiffsabrechnungsgehilfe Thomas Heintz. Solm, S. — Handelsmann Joseph Gabriel, T. — Lehnbedienter Johann Jul. Becker, S. — Arb. Witb. Ribian, S. — Unehel. Kinder: 1 S., 2 T. Angetragte: Arbeiter Andreas Christian Weßian in Schwes mit Catharina Malczynska daselbst. — Postmann Michael Radella alias Stok in Borwert Antonshof mit Wittve Charlotte Mischel daselbst. — Seemann Herrmann Valentin Sengstock mit Emma Laura Peters. — Kaiserl. Post-Resident Maximilian Wulff mit Ulrike Emilie Wörfen in Stettin. Heirathen: Tapezier Julius Jacob Wenzel mit Amalie Mathilde Wilhelmine Krätz. Todesfälle: S. d. Schiff's-Capitän's Richard Falde, 5 J. — Caroline Schulz, 19 J. — T. d. Kaiserl. Werft-Bureau-Assistenten Carl Gotthilf Sorgak, 4 J. — T. d. Maurerwithe Johanna Carolus, geb. Bröder, 12 J. — T. d. Seemanns Friedr. Kolinski, 2 J. — T. d. Tapezier's Jul. Herrmann Tybusse, 8 J. — T. d. Pferdebahn-Conducteurs Wilb. Paulsen, 1 J. 8 M. — Arb. Johann Albert Trobl, 40 J. — T. d. Schmieders Jul. Jacob Schult, 10 Tage. — Unehel. Kinder: 1 Mädchen und 2 Knaben.

Schiffe: 22. Dezbr. Wind: OSD Nichts in Sicht.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 22. December

Weizen	gelber	April-Mai	225	223 50	Pr. 4 1/2 conj.	104	104
April-Mai	226	224 50	do. 4 1/2 do.	92 50	Pr. Staatsanleihe	92 20	92 20
Maiz-Juni			do. 4 1/2 do.	92 50	Pr. 3 1/2 pSt. pSt.	82 20	82 20
Roggen			do. 4 1/2 do.	100 80	do. 4 1/2 do.	100 80	100 80
Dezbr.-Jan.	159	159 50	Berg.-Markt-Ges.	78 20	Frankenbank	126	125
April-Mai	164 50	164 50	Frankenbank	126	Frankenbank	126	125
Petroleum			Rumänien	416 50	Rumänien	416 50	414
Per 200 Z			Rumänien	8	Rumänien	8	8 30
Dezember	53 50	49	Reichs. Eisenbahn	112 10	Reichs. Eisenbahn	112 10	117 00
Russl. Reiz-Jan.	77 20	77	Reichs. Eisenbahn	216 50	Reichs. Eisenbahn	216 50	214 50
April-Mai	78 60	78 80	Reichs. Eisenbahn	81 20	Reichs. Eisenbahn	81 20	80 90
Spiritus loco			Reichs. Eisenbahn	52 80	Reichs. Eisenbahn	52 80	52 70
Dezbr.-Jan.	55 80	55 50	Russl. Banknoten	149 85	Russl. Banknoten	149 85	148 90
April-Mai	57 90	57 50	Russl. Banknoten	161 30	Russl. Banknoten	161 30	161 20
ung. Schatz u. H.	74 80	74 50	Reichs. Eisenbahn	20 34	Reichs. Eisenbahn	20 34	20 34

Lagar. Staats-Eisenbahn. S. 1 53,20 Wechselkurs Warschau 8 Tage 250. Fondsabdrücke: fest.

Meteorologische Depesche vom 22. Dezbr.

Ort	Baromet.	Wind.	Wetter.	Temp.	U. Stern
2) Tharitz	743,4	SW	leicht	wolfig	2,2
3) Balentia	738,6	SW	leicht	wolfig	1,7
4) Narantow	742,1	SW	mäßig	bed.	8,0
5) St. Marien	742,0	SW	schwach	Dunst	4,1
6) Berlin	742,2	SW	mäßig	bed.	0,4
7) Copenhagen	751,4	SW	stürm.	wolfig	7,2
8) Christiania	756,0	SW	mäßig	klar	8,0
9) Apparanda	769,8	SW	leicht	klar	32,6
10) Stockholm	762,3	SW	stark	Schnee	13,0
11) Petersburg	710,5	SW	stille	klar	37,6
12) Moskau	767,4	SW	stille	bed.	39,1
13) Wien	739,7	SW	leicht	bed.	4,5
14) Rom	753,7	SW	stille	bed.	18,0
15) Neufahrwasser	748,6	SW	stark	Schnee	11,6
16) Memel	746,4	SW	leicht	bed.	10,3
17) Hamburg	747,8	SW	leicht	wolfig	7,8
18) Spitz	749,9	SW	stürm.	bed.	5,5
19) Grefeld	743,2	SW	stille	heiter	0,4
20) Taffel	746,0	SW	leicht	bed.	0,4
21) Carlshöhe	744,7	SW	leicht	bed.	0,8
22) Berlin	745,5	SW	mäßig	bed.	4,3
23) Leipzig	746,0	SW	leicht	bed.	4,6
24) Breslau	742,9	SW	leicht	bed.	1,4

1) Seegang leicht. 2) Seegang leicht, neblig. 3) Seegang unruhig. 4) Seegang mäßig. 5) Nachts Schnee. 6) Abends Schneewehen. 7) Nachts Schneereiben. 8) Swine festes Eis, Hafeneinfahrt frei. 9) Treibeis in der Elbe. 10) Reif, leichter Nebel. 11) Reif, Dunst. 12) Nebel.

Das Gebiet tiefen Drucks ist verleinert und nach Schottland verschoben, am Canal ist das Barometer stark gestiegen, ein Theil des Minimums, das sich gestern in der Gegend der Schweiz bildete, liegt in Ostpreußen und bedingt durch Zufuhr kühlerer Luft im Osten eine Abnahme des Frostes an der deutschen Ostküste, während Central-Deutschland und Holland bedeutende Erhaltung zeigen. Ueber Süd-Scandinavien und der Helgoländer Bucht herrscht stürmischer Wind und in Aberdeen dauert der starke Sturm fort, während die Ostküste Englands, die Niederlande und auch Hamburg ruhiges Wetter haben. Im Canal herrschen westliche, meist mäßige Winde.

Deutsche Seewarte.



